

Damit die Enkel eine Zukunft haben

Klimawandel. Umwelt und Wirtschaft sind keine Gegner mehr. Die Politik muss schneller den Rahmen setzen



Grau und trist: Simon Meinschad zeigt das Bild von der Erde im Jahr 2066, das seine Tochter gezeigt hat. So weit wird es hoffentlich nicht kommen. „Die Sache mit dem Umweltschutz ist nämlich nicht so schwierig“, meint Meinschad. Er ist Geschäftsführer der Firma *hollu*, die Unternehmen mit Reinigungsmitteln und -materialien versorgt.

hollu sitzt in Zirl (Tirol) und war Ort der zweiten Diskussion der Reihe „überMorgen“ (rechts und unten). Diskutiert wurde über die Frage: „Wie werden wir enkeltauglich?“ Heißt: Wie können wir unsere Welt so gestalten, dass die nachfolgenden Generationen dort noch gut und gerne leben?

Die derzeitigen Maßnahmen reichen jedenfalls nicht aus, wie Anna Lena Habsburg von Fridays for Future meint. „Zwischen 2010 und 2014 sanken die weltweiten CO₂-Emissionen zwar, seither steigen sie aber wieder an...“ erläutert sie. Und sie räumt mit einem weiteren Mythos auf: „Wir bekommen oft zu hören, dass wir in Europa nicht die Hauptverursacher der Emissionen sind. Das Problem liege in China. Doch das stimmt so nicht. Wir haben immer noch einen weitaus höheren CO₂-Ausstoß pro Kopf. Außerdem wird viel, was wir konsumieren in Asien produziert. Das muss man mit einberechnen.“

Doch was bedeutet nachhaltiges Wirtschaften in der Praxis? Für Simon Meinschad ist klar: „Wir dürfen nicht auf die Politik warten, sondern müssen

selbst aktiv werden.“ Deshalb haben er und seine Mitarbeiter Maßnahmen gesetzt. Mit Erfolg: „Wir produzieren zwar noch nicht CO₂-neutral, arbeiten aber daran, bis 2025 so weit zu sein.“ Wie das gelingen kann? „Wir wollen keine CO₂-Zertifikate kaufen, sondern setzen auf erneuerbare Energien wie Solar oder Biomasse.“

Fahrten planen

Auch Transport und Mobilität sind Bereiche, die neu gedacht werden müssen. Im Alltag heißt das: „Unsere Kollegen fahren mehr mit Öffis und planen ihre Fahrten besser, sodass sie weniger unterwegs sein müssen.“ Bei einem chemischen Betrieb wird natürlich auch Kunststoff verwendet. „Mikroplastik haben wir schon komplett verboten, beim Makroplastik ist uns das noch nicht ganz gelungen.“ An Alternativen wird derzeit geforscht.

Klingt schön. Doch was bedeutet ein solcher Schritt für ein Unternehmen? Kann es ökonomisch erfolgreich sein? Meinschad beantwortet das mit einem klaren „Ja“. Wir haben im vergangenen Jahr insgesamt ein Umsatzplus von 14 Prozent gemacht. Bei den Öko-Produkten sind es sogar 30 Prozent.

Das hat auch damit zu tun, dass die Mitarbeiter geschult und einbezogen werden. „Sie sind stolz auf die Produkte.“ Die Kunden vertrauen ökologischen Produkten auch immer mehr.

Das große Ganze

Umweltschutz dürfe nicht nur isoliert gesehen werden: „Wir haben alle 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO im Blick“, erläutert Meinschad. „Da geht es nicht nur ums Klima, sondern überhaupt um eine gerechtere Welt.“ Das unterstreicht Nachhaltigkeits-Experte Fred Luks. „Die soziale Frage und die Wirtschaft müssen immer mitbedacht werden.“ Was passiert,



Die Kraft der Sonne nutzen: In Tirol wurde auch über Alternativen zu fossilen Energieträgern geredet

wenn das nicht geschieht, kann man in Frankreich verfolgen. Dort hat die Erhöhung der Treibstoffsteuer mit dazu geführt, dass sich die Gelbwesten formiert und ihren Ärger lautstark auf den Straßen zum Ausdruck gebracht haben.“

Sicher, eine Steuer auf Treibstoffe sei sinnvoll.

Aber: „Es ist logisch, dass die Menschen auf dem Land auf das Auto angewiesen sind. Das muss man bei einer CO₂-Steuer mitberücksichtigen.“ Ganz anders sei das bei Flugreisen: „Es ist doch absurd, dass ein Flug von Wien nach Barcelona billiger ist als eine Zugfahrt nach Kärnten.“

Das Flugzeug teurer werden müssen, leuchtet jedem ein.“

Der Hebel in der Ökologie ist also die Steuerpolitik. „Aber nicht nur diese. Das Thema Nachhaltigkeit muss man in jedem Bereich mitbedenken. Sie muss auch in die Bildungs- und Sozialpolitik einfließen“,

Zukunft neu denken

Jeder soll mitreden

Miteinander statt übereinander reden, ist die Idee von „überMorgen“. Menschen sind dazu aufgerufen, in acht Veranstaltungen für zwölf Themen Zukunftskonzepte zu entwerfen. Die Diskurse sind eine Initiative vom Roten Kreuz, der Industriellenvereinigung und der Erste Stiftung. Themen waren bisher „Freiheit, Sicherheit, Solidarität“ und „Umwelt, Nachhaltigkeit Resilienz“. Nächster Termin: 18. Juni im Müllendorf (Bgl.). Runde Tische ab 5 Uhr, Podiumsdiskussion am 18.30 Uhr. Thema: „Stirbt Österreich aus?“

Internet: <https://übermorgen.at>

mahnt der Nachhaltigkeits-Experte Luks.

Die Politik darf man nicht aus der Verantwortung entlassen: „Die Wirtschaft benötigt Rahmenbedingungen, innerhalb der sie arbeiten kann. Die Preise müssen immer die ökologischen Kosten widerspiegeln“, sagt Luks. Solche Rahmenbedingungen seien von den Unternehmen durchaus erwünscht: „Weltweit sehen Frauen und Männer an der Spitze von Firmen den Klimawandel als die größte Bedrohung für den zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg.“

Keine Ökodiktatur

Bevor aber entsprechende Gesetze erlassen werden, braucht es einen politischen Prozess. Eine Ökodiktatur könne keine Lösung sein. „Manche denken, die Wissenschaft weiß, was richtig ist, und man muss diese Vorschläge nur umsetzen. Doch das allein reicht nicht aus.“ Es brauche auch einen demokratischen Diskurs.

Wie notwendig der ist, zeige sich derzeit. „Der Druck besonders der Jugend, auf den Klimawandel zu reagieren, ist groß; wie sich bei den EU-Wahlen gezeigt hat.“

„Die Jungen halten uns die Spiegel vor“

Diskussion. Welche Maßnahmen muss die Politik setzen? Und was kann der Einzelne tun?

Es ist eigentlich schon fünf nach zwölf. Für Anna-Lena Habsburg von Fridays for Future in Tirol ist das aber kein Grund für Pessimismus, wie sie bei den Tischgesprächen der Diskussionsreihe „überMorgen“ in Zirl betont (siehe oben).

In einem sind sich alle einig: Es ist Zeit, dass sich das Narrativ ändert und wir Lust auf Umweltschutz bekommen. Deshalb engagiert sich Hans Stötter, Geograf an der Uni Innsbruck, in der Allianz Nachhaltige Universitäten. Er macht deutlich, wie wichtig der Zeithorizont ist, in dem wir denken: „2050 ist

vielleicht zu weit weg. Da ist kein derzeit aktiver Politiker noch im Amt. Man muss in machbaren, realistischen Zeitabschnitten planen. 2030 ist als Ziel besser, weil da etwas bewegt werden kann.“ Es gehe hier vorerst nämlich um Kindertauglichkeit, gar nicht so sehr um Enkeltauglichkeit.

Die Jungen hätten das Recht, auf die Straße zu gehen: „Fridays for Future hält uns den Spiegel vors Gesicht. Wir müssen ihnen zuhören.“

Volker Plass von Greenpeace: „Wir sind in einem Dilemma: Politiker wollen

wiedergewählt werden, sind aber überfordert mit gravierenden Maßnahmen, die sie eigentlich setzen müssten.“ Tun sie das, müssen sie befürchtet, nicht wiedergewählt zu werden.“ Das sei die Chance der derzeitigen Regierung. Er hofft, dass insbesondere in der Verkehrspolitik sich etwas radikal ändert: „Ist sie weiterhin so zögerlich und mutlos wie bisher, ist ein Scheitern vorprogrammiert.“

Bewusstsein

Es gehe nicht nur um die Politik, sondern um das Verhalten jedes Einzelnen, wie

Cornelia Plank meint. Sie ist Geschäftsführerin der Tiroler Biopilze: „Wir müssen über unsere Wertigkeiten nachdenken. Wir geben Unmengen Geld für Handys aus, aber sind nicht bereit für gute Lebensmittel zu bezahlen. Wir müssen ehrlich mit uns selbst sein, was geht und was nicht. „Alle Lebensmittel biologisch erzeugen zu wollen, sei illusorisch.“

Auch Simon Meinschad von *hollu* plädiert für mehr Eigenverantwortung, gerade von Unternehmern: „Die Nachhaltigkeitsziele der UNO geben hier einen Orientierungsrahmen.“



Expertenrunde: Hans Stötter, Simon Meinschad, Volker Plass, Cornelia Plank (v.li.). Unten: Tischgespräche der Diskussionsreihe „überMorgen“